



»Wer von der AfD angegriffen wird, ist nicht allein«

Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts über Solidarität in der rot-grün-regierten Stadt

Was will die AfD mit Ihrem »Informationsportal«?
Mit dem Denunziationsportal hat die AfD ein ideales Instrument für ihre Wutbürger*innen entworfen, die in den sozialen Medien der AfD ja sowieso hetzen, anprangern und oftmals von Lynchjustiz träumen. Hier werden die niedersten Instinkte bedient.

Gibt es derartige Portale mittlerweile in allen Bundesländern?

Nein, zum Glück nicht. Es gibt sie in einigen Bundesländern, etwa in Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, in anderen Bundesländern sind sie teilweise in Planung.

Ist die Denunziation der Ida-Ehre-Schule dann ein Präzedenzfall?

Die AfD hat in Hamburg auch schon andere Fälle versucht zu puschen, letztlich ist ihr dies aber erst mit dem Fall Ida-Ehre-Schule gelungen. Und das auch nur dadurch, dass sich die Schulbehörde von der AfD treiben ließ und verschiedene Medien hier eine fatale Rolle einnahmen.

Welche Rolle spielt Alexander Wolf dabei? Betreibt er eine Art parlamentarische Anti-Antifa, die sich gegen Institutionen wendet, an welche sich Stiefelnazis nicht herantrauen würden?

Alexander Wolf ist einerseits ein Linken-Hasser, dem Antifaschismus ein Graus ist. Vor allem ist er aber der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion. Ein besonderes Feindbild war für ihn schon immer die Lehrerfortbildung. Schon vor seiner Erfindung des Petz-Portals trat er für die Rückkehr zu einer reaktionären Schulpolitik ein, witterte überall linke Umtriebe an den Schulen, »Gender, Gaga, Gutmenschentum«, wie er es nennt, und »68er Ideologie«, er polemisierte gegen Inklusion und Gleichberechtigung an den Schulen und forderte mehr Elite.

Elite, das passt zu Wolfs Burschenmilitanz. Warum ist davon und von dem von ihm herausgegebenen Buch mit Naziliedern so selten die Rede?

In den Medien werden das Liederbuch sowie Wolfs burschenschaftliche Aktivitäten meist als Jugendsünde verkannt. Dabei betonen Studentenverbindungen selbst immer wieder, dass sie sich als Lebensbund definieren. Die Alten Herren finanzieren und protegieren nicht nur die Aktivitas, also die aktiven jungen Burschen, sondern sie verpflichten sich lebenslang auf die Ideale ihrer Burschenschaft. Im Falle von Wolfs Burschenschaft Danubia hat sogar der Inlandsgeheimdienst bemerkt, dass die Aktivitas klar rechtsextremistisch orientiert ist. Sie propagiert wortwörtlich die »Volksgemeinschaft«, und bei ihr referierten regelmäßig Rechtsextremisten, teilweise auch aus dem Umfeld der NPD. Durch diese rege Vortrags- und Schulungstätigkeit wurde auch Alexander Wolf sozialisiert.

Das klingt nach einem im rechtsextremen Milieu geschulten Kader?

Alexander Wolf ist der einzige Hamburger AfD-Abgeordnete mit einer stringenten Sozialisation in der extremen Rechten. Er wurde in seiner Münchner Burschenschaft ideologisch und rhetorisch geschult. Er pflegt seit dieser Zeit nicht nur bundesweite Kontakte in burschenschaftlichen Netzwerken, sondern auch zur »Jungen Freiheit« oder sogar zu Gerhard Frey junior, dem Sohn des verstorbenen DVU-Chefs, der selbst für die neofaschistische Partei aktiv war. Gleichzeitig hat Wolf schon lange gelernt, was verfassungsrechtlich gerade noch möglich ist. Er verließ die Republikaner rechtzeitig, bevor diese im Verfassungsschutzbericht auftauchten, und seine jungen Bundesbrüder werden seit Jahren geheimdienstlich überwacht.

Aber trotzdem konnten Wolf und die AfD-Fraktion die Schulbehörde jetzt zum Eingreifen gegen antifaschistisches Engagement bewegen?

Leider ja. Die Behörde hat mit der Entfernung von ein paar Stickers in den Schulfestivals, bevor die verantwortlichen Lehrkräfte befragt wurden, Tatsachen geschaffen, welche die Antifa-Aufkleber fast schon als Staatsverbrechen erscheinen ließen.

Warum folgt die Schulbehörde so den Forderungen der AfD und übernimmt deren Wortwahl und Darstellung?

INTERVIEW

Felix Krebs, 54, lebt in Hamburg und arbeitet als Arzt. Seit seinem Studium ist er in antifaschistischen Gruppierungen aktiv, jetzt im Hamburger Bündnis gegen Rechts. Seit 25 Jahren publiziert er Beiträge in Fachzeitschriften und Büchern zu Studentenverbindungen und zur Neuen Rechten. Die Fragen stellte Gaston Kirsche.

Leider gibt es in den Parlamenten und auch in den Behörden immer noch kein ausreichendes Bewusstsein dafür, wie mit der AfD umgegangen werden soll. Statt die inhaltliche Auseinandersetzung zu suchen, auch wenn dies manchmal unbequem sein mag, wird rein formal gehandelt. Die AfD wird so behandelt, als sei sie eine Partei wie viele andere. Und dann werden eben aus mangelnder Aufmerksamkeit oder falscher Toleranz auch das Wording und die Agenda der AfD in Teilen übernommen. In der Auseinandersetzung mit den parlamentarischen Aktivitäten der NPD war man da mit dem sogenannten Schweriner Weg vor ein paar Jahren schon mal weiter. Und auch den sogenannten Berliner Konsens, der 2016 von allen Parteien – auch der CDU – im Berliner Abgeordnetenhaus gegen die Aktivitäten der AfD gefasst wurde, sollten sich Parlamentarier und Behördenmitarbeiter ruhig noch mal durchlesen.

Aber eine Übernahme des AfD-Wordings beschränkt sich ja nicht auf die Parlamente?

Nein, ähnliches gilt auch für viele Medien. Nur durch die teilweise Übernahme des Wordings im Hamburger »Abendblatt« inklusive der reißerischen Überschrift wurde die Agenda der AfD überhaupt erst wirkmächtig.

Der klaren antifaschistischen Positionierung der Schulleitung und der breiten Solidarität an Hamburger Schulen wie auch von aktiven Antifaschist*innen oder dem DGB ist es jetzt wohl zu verdanken, dass die Stimmung gekippt ist und das Einknicken der Behörde gegenüber der AfD infrage gestellt wird? Sicherlich. Die Abwehr des AfD-Angriffs ist ein Paradebeispiel für das Wirken von Solidarität. Und es zeigt vor allem, wie wichtig unabhängige, außerparlamentarische Bewegungspolitik und zivilgesellschaftliches Engagement sind. Auf der parlamentarischen Ebene verteidigte anfänglich nur die Linksfraktion antifaschistische Werte und die Ida-Ehre-Schule. Antifa bleibt weiterhin Handarbeit.

Auch um die anderen Fraktionen in der Hamburgischen Bürgerschaft zu einer antifaschistischen Positionierung zu bewegen?

Der Schulsenator Ties Rabe von der SPD hat sich über eine Woche lang weggeduckt. In der entscheidenden Bürgerschaftssitzung sagte er kein Wort. Die SPD hat sich inzwischen zwar auch zum Antifaschismus als Grundwert bekannt, insgesamt aber ein trauriges Bild abgegeben. Die CDU nutzte die Debatte zum Angriff auf die regierende SPD, schließlich befindet man sich schon im Europa- und Bezirkswahlkampf. Normalerweise argumentiert die Partei aber ähnlich totalitarismustheoretisch wie die AfD. Diese Position nahm diesmal nur die FDP ein, ein Denunziationsportal lehnt aber auch sie ab. Und der grüne Koalitionspartner schickte erst mal den Landesverband mit einer antifaschistischen Solidaritätserklärung vor, bis klar war, dass die breite Solidarität einen Stimmungswechsel erzeugte.

Also lässt sich aus dem Konflikt um die Ida-Ehre-Schule für den Umgang mit den Denunziationsportalen der AfD etwas lernen?

Das Wichtigste wird weiterhin sein, auf die eigene Kraft zu vertrauen und solidarische Netzwerke aufzubauen. Viele, die Angriffen der AfD ausgesetzt sind, denken, sie seien alleine – aber sie sind es nicht. Im Speziellen sollten andere Schulen, deren Leitungen, Lehrkräfte und Schüler*innen sich ein Beispiel an der Ida-Ehre-Schule nehmen. Die Erklärungen der Schulleitung und der Eltern zu den Angriffen der AfD sind vorbildlich. Und auch die GEW bietet kompetente Beratung zum Umgang mit den Petz-Portalen. Die Denunziation der AfD wird laut dem Schulsenator übrigens keine disziplinarischen Folgen für Lehrkräfte haben.

März ging an der Ida-Ehre-Schule eine Bombendrohung per Mail ein, die sich allerdings schnell als leere Drohung entpuppte. Ein Aufschrei blieb aus. »Über ein paar Sticker gibt es wochenlange Diskussionen«, sagt Hanna. »Aber eine Bombendrohung interessiert kaum jemanden. Wie krass ist das denn?«

Und auch die SPD-geführte Schulbehörde machte bald wieder von sich reden: Für einen Projekttag am nahe gelegenen Helene-Lange-Gymnasium vermittelte sie den Initiator des AfD-Meldeportals, Alexander Wolf, als »Extremismus-Experten«. Und Schulsenator Rabe verteidigte die Anordnung, die Sticker zu entfernen, in einem Interview. Sein Tenor: Wenn man linke Sticker hängen lasse, müsse man auch rechte oder islamistische Sticker tolerieren. Lena meint: »Es ist falsch, links und rechts gleichzusetzen. Wir kämpfen für die Gleichstellung aller Menschen, Rechte wollen andere Menschen vernichten.«

Schüler werden politischer

Doch warum ist gerade die Ida-Ehre-Schule der AfD ein Dorn im Auge? Die Schule ist bekannt für ihr politisches Engagement und ihre klare Kante gegen Rassismus. 2001 wurde auf Druck von Eltern der Name der Schule geändert: Trug die Schule bis dahin noch den Namen eines Antisemiten, heißt sie nun nach der jüdischen Schauspielerin und Holocaust-Überlebenden Ida Ehre. Die Schule ist außerdem Teil des Zusammenschlusses »Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage«. Regelmäßig werden Bildungsreisen in ehemalige Konzentrationslager organisiert, in Projektwochen wird die NS-Vergangenheit thematisiert. »Der Unterricht gibt uns die Möglichkeit, über Politik zu reden«, meint Hanna, Lena ergänzt: »Wir werden hier angeregt, Dinge kritisch zu hinterfragen.«

Nach der Auseinandersetzung mit der AfD fand auch die Lehrerschaft klare Worte. In einer Stellungnahme erklärte sie, dass sie stolz auf ihre Schüler*innen sei, »die sich politisch äußern, betätigen und positionieren«. Außerdem definierten sie sich dort als »antifaschistische Schule«. »Als die Lehrer ihr Statement veröffentlichten, dachte ich mir: Ich bin auf der richtigen Schule«, sagt Hanna ohne ihren Stolz zu verbergen. »Gerade bei der deutschen Geschichte muss Antifaschismus Teil unserer Bildung sein.«

Doch wie kommen junge Menschen eigentlich dazu, sich zu politisch zu engagieren? Bei Lena spielte Politik schon immer eine große Rolle: Ihre Eltern waren früher selbst in linken Gruppen aktiv, sie wohnt im linksal-

ternativen Stadtteil St. Pauli. Bei Hanna ist das anders. Ihre Eltern seien »super bürgerlich«, Politik spiele zu Hause kaum eine Rolle. Zwar seien ihre Eltern auch gegen die AfD, mit Antifa könnten sie aber auch nicht viel anfangen. Politisiert hat sie sich durch ihre Schwester – und den Hamburger Rapper Disastar.

Viele Dinge stören die beiden an der linken Szene. »Mich nervt das Abgrenzungsbedürfnis«, sagt Lena. »Viele halten sich für die Tollsten und Klügsten. Oft bekommen wir zu hören, dass wir sowieso keine Ahnung hätten.« Auch Hanna nervt die Arroganz einiger Linker. »Dein FCKNZS-Pulli macht dich nicht zu einem besseren Menschen. Auch mit Hemd und weißer Hose kann man Antifa sein«, sagt Hanna, die einen Ralph-Lauren-Pullover, Kreolen und ums Handgelenk ein Haarband trägt. Die Debatte um eine vermeintliche Entpolitisierung der »Generation Instagram« können die beiden nicht mehr hören. Lena meint: »Unsere Generation wird wieder politischer – und das ist gut so.«

Die Schüler*innen habe der Streit mit der AfD zusammengeschweißt. Viele Mitschüler*innen engagierten sich nun politisch. »Hier gibt es Sechstklässler, die mit Anti-Nazi-Pulli rumlaufen. Wie geil ist das denn?« Und auch andere Schulen solidarisierten sich mit der Ida-Ehre-Schule. Ende März organisierte die Antifa Altona Ost eine Demonstration in der Hansestadt. 3000 Menschen gingen unter dem Motto »Antifaschismus ist kein Verbrechen« auf die Straße – auch viele Eltern waren dabei. »Der Begriff Antifa wird seit der Auseinandersetzung mit der AfD ganz anders aufgenommen. Man kommt weg von dem kriminellen Image. Das ist gut«, sagt Lena. Auch viele Medien ruderten nach der anfänglichen einseitigen Berichterstattung zurück.

Doch ist die Ida Ehre wirklich die »Antifa-Schule«, wie sie oft bezeichnet wird? »Wir haben hier die ganze Bandbreite«, meint Seigelken. »Von Schülern mit Interesse an autonomen Bewegungen bis zu wertkonservativen Schülern, an deren Familienbildern Horst Seehofer seine helle Freude hätte.« Wichtig sei es der Pädagogin, dass alle ihre Vorstellungen einbringen können – unabhängig von der politischen Meinung. Rote Linien gebe es trotzdem: Rassistische und sexistische Positionen werden nicht geduldet.

Und wie geht es für Lena und Hanna weiter? »BWL studieren«, meint Lena und lacht. »Nein, Spaß, erst einmal das Abitur bestehen. Und wir werden natürlich weiter gegen Rassismus und Faschismus kämpfen – an der Schule und außerhalb.« Dann läutet der Gong und beide müssen los zum Sportunterricht.